

BPE-Aktion zum Verbot des Muezzinrufs



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Im Zuge der Versammlungsverbote wegen der Corona-Krise wurde in vielen Städten Deutschlands der Muezzinruf gestattet, um einen Ersatz für die ausfallenden Allah-Dienste in Moscheen zu bieten. In München beispielsweise ertönt er täglich um 19 Uhr von vier Moscheen. Da dessen Text aber den alleinigen Anspruch auf die „wahre“ Religion beinhaltet, damit alle anderen Religionen ablehnt und auch noch Atheisten in ihrem Recht auf negative Religionsfreiheit beschneidet, die sich ebenfalls nicht das Bezeugen auf Allah und seinen Propheten anhören wollen, ist die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) aktiv geworden.

In einem Schreiben werden Bürgermeister und Stadträte über die Bedeutung des Muezzinrufes aufgeklärt und aufgefordert, diesen umgehend zu unterbinden. Da in Nordrhein-Westfalen am 13. September Kommunalwahlen stattfinden, wurde bei der ersten Versendung das Hauptaugenmerk auf die Mandatsträger dieses Bundeslandes gelegt.

So befragt die BPE beispielsweise Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker, ob sie Grundkenntnisse über das Wesen und die Ziele des Politischen Islams besitzt, der in den Moscheen, aus denen der Muezzinruf erschallt, Lehre und Verbreitung findet.

Ob sie sich als politisch Verantwortliche mit dem Betreiber der Moschee vor dem Hintergrund dessen Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zu den

universellen Menschenrechten kritisch auseinandergesetzt hat.

Ob ihr bewusst ist, dass eine politisch agierende islamische Organisation, die die islamischen Schriften als unumstößliche göttliche Gesetzgebung betrachtet und die Durchsetzung der Scharia in Deutschland anstrebt, den Muezzinruf erschallen lässt, mit dem der Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch des Politischen Islams gegenüber allen nichtislamischen Religionen und Kulturen proklamiert wird.

Ob ihr klar ist, dass sie als politische Entscheidungsträgerin mit ihrer Zustimmung zum Muezzinruf unter Missbrauch der Religionsfreiheit einem religiös begründeten Totalitarismus den Weg ebnet, der zunehmend zu einer existenziellen Bedrohung für das freiheitliche demokratische Gemeinwesen in Deutschland und für die freiheitliche Lebensweise seiner Bürger heranwächst.

Mit ihrem Schreiben appelliert die Bürgerbewegung Pax Europa an Henriette Reker und alle anderen Bürgermeister sowie Stadträte, dem Politischen Islam eine klare Absage zu erteilen und den Muezzinruf, von dem eine gefährliche politische Botschaft ausgeht, in ihrer Stadt sofort zu verbieten.

Niemand der politisch Verantwortlichen, die heute unter dem fälschlichen Verweis auf eine vermeintlich grenzenlose Religionsfreiheit den grundgesetzwidrigen und verfassungsfeindlichen Islamisierungsprozessen den Weg ebnen, soll sich später einmal herausreden können, er habe von den vom politischen Machtanspruch des Islams ausgehenden Menschenrechtsverletzungen und demokratiefeindlichen Bestrebungen nichts gewusst.

Dem Politischen Islam entschieden zu begegnen ist praktizierter Verfassungsschutz und sittlich gebotene Pflicht eines jeden Demokraten und Menschenrechtlers. Hier der Originaltext des BPE-Schreibens, dem auch noch Informationsflyer beiliegen. Journalistenwatch berichtet

ebenfalls.

Darüber hinaus kann jeder Anwohner, der sich durch den Muezzinruf belästigt fühlt, auch selber mit einer Klage aktiv werden. Ein Ehepaar aus Oer-Erkenschwick bekam hierbei im Februar 2018 vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Recht. So werde mit dem Ruf die „negative Religionsfreiheit“ verletzt. Niemandem dürfe ein bestimmter Glaube aufgezwungen werden, was beim Muezzin-Ruf, der inhaltlich einen islamischen Alleinvertretungsanspruch zulasten anderer Religionen geltend mache, aber der Fall sei. Dieses Urteil kann beispielgebend für alle Städte und Gemeinden in Deutschland sein, in denen sich Bürger durch den Muezzinruf belästigt fühlen.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUBH. Oder bei Patreon.